

Zankapfel ZKB

Umstrittener Fonds für Abgaben der Kantonalbank

Für ihre Staatsgarantie zahlt die Zürcher Kantonalbank eine Art Versicherungsprämie an den Kanton. Mit dem Geld wird nun definitiv ein Fonds geüfnet – dank einer unheiligen Allianz von SVP und SP im Kantonsrat.

isc. · Wenn es um die Zürcher Kantonalbank (ZKB) geht, wird es im Kantonsparlament schnell gehässig und grundsätzlich – selbst wenn sich die Debatte um eine vermeintliche Formsache dreht. So ist es am Montagmorgen gewesen, als das Parlament über ein Reglement für einen neuen, von der ZKB zu äfnenden Fonds abstimmen sollte: SP und Grüne warfen sich gegenseitig «Geschichtsklitterung» vor, während GLP-Vertreter Daniel Hodel lakonisch in die Runde warf, dass «heute sehr eloquent sehr viel Mist erzählt» werde.

Fest steht, dass das Parlament der Bildung des Fonds erst im letzten Mai zugestimmt hat, im Rahmen einer Teilrevision des Kantonalbankengesetzes. Über die neue Kasse soll die Staatsgarantie des Kantons abgesichert werden, für welche die ZKB eine Art Versicherungsprämie zu leisten hat. Das Versicherungsmodell war und ist höchst umstritten; AL, Grüne und GLP lehnen es grundsätzlich ab, EVP und CVP stimmen nur mit Vorbehalten zu. Die Zahl der Bedenkenräger ist inzwischen nicht kleiner geworden (NZZ, 2. 10. 15).

Und so versuchte eine Grün-Mitte-Allianz, den Fonds aus dem Kantonalbankgesetz zu kippen, indem sie empfahl, auf das Reglement gar nicht erst einzutreten. «Die Anhäufung des Fonds ist volkswirtschaftlich falsch», sagte Beat Bloch (csp., Zürich) namens der grünen Fraktion. «Es wird eine grosse Menge Geld parkiert, mit der man Sinnvolles tun könnte.» Unterstützt wurden die Grünen nicht nur von AL und GLP, sondern auch von EVP, EDU und CVP, die einen Seitenwechsel vollzogen.

Der Fonds, so der Tenor, werde bloss viel kosten, aber nichts bringen, da kaum anzunehmen sei, dass er im Ernstfall ausreiche. «Wir müssten uns eingestehen, dass wir falsch entschieden haben», sagte Peter Reinhard (evp., Kloten). Auch die FDP äusserte sich kritisch zur Fondslösung, verlangte aber bloss, das Geschäft zurückzuweisen. Nur SVP und SP stellten sich vorbehaltlos hinter das Versicherungsmodell. «Wir haben ein neues Gesetz beschlossen, und nun wollen Sie plötzlich alles ändern», sagte Martin Arnold (svp., Oberrieden). «Das grösste Risiko für die ZKB ist das Parlament.» Ähnliche Töne schlug Ruedi Lais (sp., Wallisellen) an, indem er davor warnte, «dauernde Debatten» würden das Vertrauen in die Bank gefährden. Den Grünen warf er vor, die Bank bloss schrumpfen zu wollen, was diese empört zurückwies. Am Ende setzte sich die unheilige Allianz aus SVP und SP klar durch, und auch der Rückweisungsantrag der FDP blieb chancenlos.

AUS DER SITZUNG DES KANTONS RATES

Betreuungsbeiträge für Kleinkinder. Ihre Abschaffung war bereits beschlossene Sache; nun hat der Kantonsrat mit 122 gegen 45 Stimmen definitiv entschieden, staatliche Beiträge für die Betreuung von Kleinkindern aus dem Kinder- und Jugendhilfegesetz zu streichen. Die Beiträge hatten in den Gemeinden eine regelrechte Kostenexplosion ausgelöst.

Einzelinitiative von Fabian Molina. Fabian Molina, Präsident der Schweizer Jungsozialisten, durfte im Rat eine Einzelinitiative vorstellen, mit der er verlangte, die Beiträge der Arbeitgeber für den Berufsbildungsfonds zu verdoppeln. Molinas Absicht, der «fetten Katze» (klassenkämpferisch für: Unternehmer) eine «Diät» zu verpassen, fand jedoch nur bei der SP Unterstützung; selbst AL und Grüne sagten Nein, die Bürgerlichen sowieso.

Quoten in Aufsichtsgremien. Mit einer Motion verlangten Grüne und Grünliberale, in Strategie- und Aufsichtsgremien kantonalen Betriebe wie den Elektrizitätswerken eine Geschlechterquote von mindestens 30 Prozent zu prüfen. Was SP und AL unterstützten, schmetterten die Bürgerlichen geschlossen ab. Für Verwunderung sorgte bei den Gegnern, dass sich der (bürgerliche) Regierungsrat bereit erklärt hatte, die Motion als Postulat entgegenzunehmen.

Einzelinitiative von Adolf Flüeli. Dank 60 Stimmen – dem denkbar knappsten Resultat – hat der Kantonsrat eine Einzelinitiative von Adolf Flüeli vorläufig unterstützt: Diese verlangt, dass der Kanton wieder mehr für den Strassenverkehr tut, was insbesondere bei der SVP auf Anklang stiess.

Lucien Scherrer



Die neuen Nationalräte Min Li Marti und Mauro Tuena auf dem Weg zum ersten Sessionstag.

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

Gestern Hafenkran, morgen Bundesratswahl

Von zwei Zürcher Lokalpolitikern, die auszogen, Bern zu erobern

Min Li Marti nächtigt in der Ferienwohnung, Mauro Tuena im «Bären». Er hat bereits Akten studiert, sie erst das Programm. So unterschiedlich, wie sie im Zürcher Gemeinderat politisierten, beginnen die zwei auch ihre erste Session in Bern.

cn. · So ganz verstehen sie es selbst nicht. Gleich fünf Medienhäuser haben sich anboten, die beiden frischgebackenen Zürcher Nationalräte Min Li Marti und Mauro Tuena auf ihrer ersten Fahrt nach Bern zu begleiten. Ursprünglich waren es gar sechs Interessenten gewesen. Doch weil die Konkurrenz schneller gewesen war, liess einer der Mitbewerber leicht schmolend von seinem Vorhaben ab und schrieb stattdessen einen fiktiven Dialog. Nun sitzen die beiden Volksvertreter also im Zug und

geben Interviews. Die Dame vom Radio erkundigt sich danach, wo sie denn sitzen würden im Nationalratssaal, während der Videojournalist wissen will, was sie am Vorabend gemacht hätten. Mauro Tuena, langjähriger Fraktionschef der SVP im Zürcher Gemeinderat, schaltet gleich auf Volksvertreter, der sich seines Auftrags bewusst ist: Bis um 1 Uhr habe er die Akten studiert und sei bereits um halb sieben wieder aufgestanden. Min Li Marti, bis vor kurzem Chefin der SP-Gemeinderatsfraktion, erzählt währenddessen geduldig, dass sie in einer der vorderen Reihen einen der begehrten Randplätze erhalten habe und neben ihrer Klotener Parteikollegin Priska Seiler sitzen werde. Im Verlauf der nächsten Stunde sollten die Journalisten noch herausfinden, dass Min Li Marti in einer Ferienwohnung übernachtet, während Mauro Tuena ein Zimmer im «Bären» gebucht hat. – Ob Hafenkran-Initiative, städtisches Budget oder Velowege: Ei-

nig waren sich die beiden im Zürcher Gemeinderat eigentlich nie. Was sie verbindet, sind ihr grosses Interesse an Politik und ihre Fähigkeit, über die Parteigrenzen hinweg Brücken zu schlagen. Mochten im Zürcher Ratssaal auch die Fetzen fliegen; nach der Debatte sass man nicht selten friedlich vereint beim Bier, um in aller Freundschaft weiterzustreiten. So gesehen, ist das Zürcher Stadtparlament keine schlechte Schule für angehende Nationalräte. Der Umgang ist bei allen politischen Differenzen freundlich, der Gestaltungsspielraum gross und die Investitionssumme, über die im Gemeinderat befunden wird, durchaus beeindruckend. Einigkeit herrscht in Zürich allerdings genauso selten wie in Bern: Auch die beiden Zürcher Newcomer sind an ihrem ersten Sessionstag nur einmal derselben Meinung: Die Medien hätten viel mehr über ihre Nachfolger im Gemeinderat schreiben müssen.

Schlecht geplanter Coup

Linke versucht vergeblich, SVP-Kandidaten zu verhindern

isc. · Der Anspruch der SVP auf das Präsidium der kantonsrätlichen Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG) war unbestritten. Doch dass die Partei ausgerechnet René Truninger als Nachfolger für den Neonationalrat Claudio Zanetti nominiert hatte, sorgte in allen anderen Kantonsratsfraktionen für mässige Begeisterung, bei der Linken gar für offenen Widerstand: Truninger, so der Tenor, sei für das wichtige Amt schlicht zu unerfahren, da er erst im letzten Frühling in den Kantonsrat gewählt worden sei; mit einer derartigen Führung drohe die Kommission vom Regierungsrat nicht mehr ernst genommen zu werden (NZZ 27. 11. 15).

Entsprechend haben SP und Grüne am Montag mit allen Mitteln versucht, die Wahl Truningers zu verhindern. So stellte Markus Späth (sp., Feuerthalen) den Antrag, die Wahl zu verschieben. «Die Fraktion der SVP sollte ihren Vorschlag überdenken», sagte er, «auch im Sinne der Glaubwürdigkeit und des Respekts.» Ralf Margreiter (gp., Zürich) beantragte dem Rat gar, mit Matthias Hauser (Hüntwangen) einen «geeigneten»

SVler zu wählen – und zwar in einer geheimen Abstimmung. In der SVP-Fraktion sorgte das für empörtes und belustigtes Gejohle, wobei Hauser in Anspielung auf die Bundesratswahlen scherzhaft mit einem Parteiausschluss gedroht wurde, falls er die Wahl annehme. Hauser, offenbar nicht eingeweiht in den linken Plan, erklärte zwar umgehend, er stehe nicht zur Verfügung, musste sich aber von Ratspräsidentin Theres Weber (svp., Uetikon) darüber belehren lassen, dass er im Fall einer Wahl dem Amtszwang unterworfen wäre. So weit kam es aber nicht: Truninger wurde mit 104 Stimmen klar gewählt, da sich FDP, CVP, BDP und EVP trotz Vorbehalten gegen Truninger nicht für die Widmer-Schlumpf-Aktion einspannen lassen wollten.

Die SVP selber zeigte sich überzeugt, dass der 48-jährige Unternehmer aus Illnau-Effretikon der Richtige ist: Truninger sei zwar noch nicht lange im Rat, verfüge jedoch im Gegensatz zu vielen anderen Kantonsräten über unternehmerische Erfahrung, sagte Fraktionspräsident Jürg Trachsel. Und das sei sicher auch nicht schlecht.

Angespannte Beziehung

Die Kesb sollen die Gemeinden besser informieren

jhu. · Die Einführung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (Kesb) ist nicht reibungslos verlaufen, immer wieder kam es zu hitzigen Debatten, diverse parlamentarische Vorstösse wurden eingereicht. Einer dieser Vorstösse wurde am Montag im Kantonsrat behandelt. Eingereicht hatte das dringliche Postulat Martin Farner (fdp., Oberstammheim). Die Gemeinden müssten zwar die hohen Kosten von Kesb-Entscheiden tragen, hätten aber kein Mitspracherecht, kritisierte er. Er forderte deshalb, dass die Gemeinden informiert und angehört werden, Akteneinsicht erhalten und ein Beschwerderecht haben sollen.

Diesen Forderungen könne der Regierungsrat aufgrund von bundesrechtlichen Vorgaben nur in beschränktem Umfang nachkommen, schrieb die Regierung in ihrem Beschluss zum Postulat. So spreche ein Bundesgerichtsurteil zu einem Kesb-Fall im Kanton Schwyz den Gemeinden das Beschwerderecht und das Recht auf Akteneinsicht ab. Eine Handhabe hat der Kanton damit nur bei der Information der Gemeinden. Und diese hat er genutzt: Seit Mai vergangenen Jahres sind die Kesb darauf

angewiesen, bei der betroffenen Wohnsitzgemeinde eine Stellungnahme einzuholen, wenn sie Massnahmen erlassen, die besonders viel kosten.

Weil dem Kanton darüber hinaus die Hände gebunden seien, empfahl die Regierung dem Kantonsrat, das Postulat abzuschreiben, was das Parlament auch tat. Allerdings nicht ohne einige kritische Voten. Es sei gut, dass man die Kommunikation zwischen Gemeinden und Kesb verbessere, sagte Jörg Mäder (glp., Opfikon), aber es gebe immer noch einiges zu verbessern. Dem pflichtete Philipp Kutter (cvp., Wädenswil) bei, der weitere Schritte bei der Information der Gemeinden forderte: «Nur wenn die Gemeinden wissen, was hinter den Kulissen geschieht, können sie irgendwann auch zu Fürsprechern der Kesb werden.» Dass bei der Kommunikation noch Verbesserungspotenzial bestehe, befand auch Justizdirektorin Jacqueline Fehr. «Was es nun aber in erster Linie braucht, ist Zeit und nicht regulatorischer Aktivismus.» Mit der Abschreibung des Postulats werde der Weg gebnet, um die Beziehungen zwischen den Gemeinden und den Kesb zu verbessern.

Abstimmung über Laienrichter

Referendum gegen Abschaffung

jhu. · Was die SVP bereits im August angekündigt hat, macht sie nun wahr: Zusammen mit Mitgliedern der EVP, der EDU und einzelnen weiteren Parlamentariern anderer Parteien ergreift sie das Behördenreferendum gegen die Abschaffung von Laienrichtern. Ein entsprechender Unterschriftenbogen wurde an der Kantonsratsitzung vom Montag eingereicht. Da mehr als die nötigen 45 Unterschriften vorliegen, wird es damit zur Volksabstimmung kommen.

Heute ist es im Kanton Zürich so, dass auch Personen ohne den Abschluss eines juristischen Studiums Richter werden können. Eine parlamentarische Initiative wollte dies ändern. Sie wurde schon im August im Kantonsrat angenommen, am Montag fand nun noch die Schlussabstimmung statt. Die Befürworter der Abschaffung sind der Ansicht, dass die heutige Regelung nicht mehr zeitgemäss sei. Die Verfahren würden immer komplexer, dafür brauche es Profis. Die Gegner der Abschaffung führen ins Feld, dass Laienrichter Bodenhaftung, Lebenserfahrung und Einfühlbarkeit in den Gerichtssaal einbrächten.